



Flüchtlingsrat
Niedersachsen e.V.

Die niedersächsische Flüchtlings- und Migrationspolitik

Welche Perspektiven ergeben sich für Flüchtlinge aus den Koalitionsvereinbarungen Land + Bund?

Sebastian Rose

05. Mai 2018

Regionales Initiativentreffen, Lüneburg



Gliederung

- Kurzer Überblick Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. - Arbeitsfelder
- Politischer Überblick
- Landespolitik – Rückblick rot-grüne Landesregierung 2013-2017
- Landespolitik – neue rot-schwarze Landesregierung ab Ende 2017
- Blick auf die Bundespolitik
- Und Europa?

Selbstverständnis des Flüchtlingsrats



Wir sind...

- ein gemeinnütziger Verein
- eine Menschenrechtsorganisation
- ein **unabhängiges Netzwerk** aus

Flüchtlingsinitiativen, Vereinen,
Wohlfahrtsverbänden,
Kirchengemeinden,
Gewerkschaften und
Einzelpersonen

Arbeitsfelder

Vernetzung

Geschäftsstelle als Schnittstelle
der Informationsvermittlung und
-weiterleitung, Koordinierung
und Beratung

Öffentlichkeitsarbeit

Sensibilisierung für
Fluchtschicksale,
Diskriminierung & Rassismus,
Handlungsspielräume und
Perspektiven

→ Vorträge, Fortbildungen,
Broschüren

Politische Lobbyarbeit

Interessenvertretung durch
politische Einflussnahme

→ Gespräche mit Parteien und
Behörden

→ Mitglied in verschiedenen
Gremien

→ Pressemitteilungen und
Stellungnahmen

(Kooperations-) Projekte des Flüchtlingsrats

Durchblick/ZiN: Unterstützung umF



Familiennachzug



Netzwerkprojekt: AMBA.
Aufnahmemanagement und Beratung für
Asylsuchende



Arbeitsmarktprojekte



Vulnerable Flüchtlinge



Einzelfallberatung



Flüchtlingsfrauen

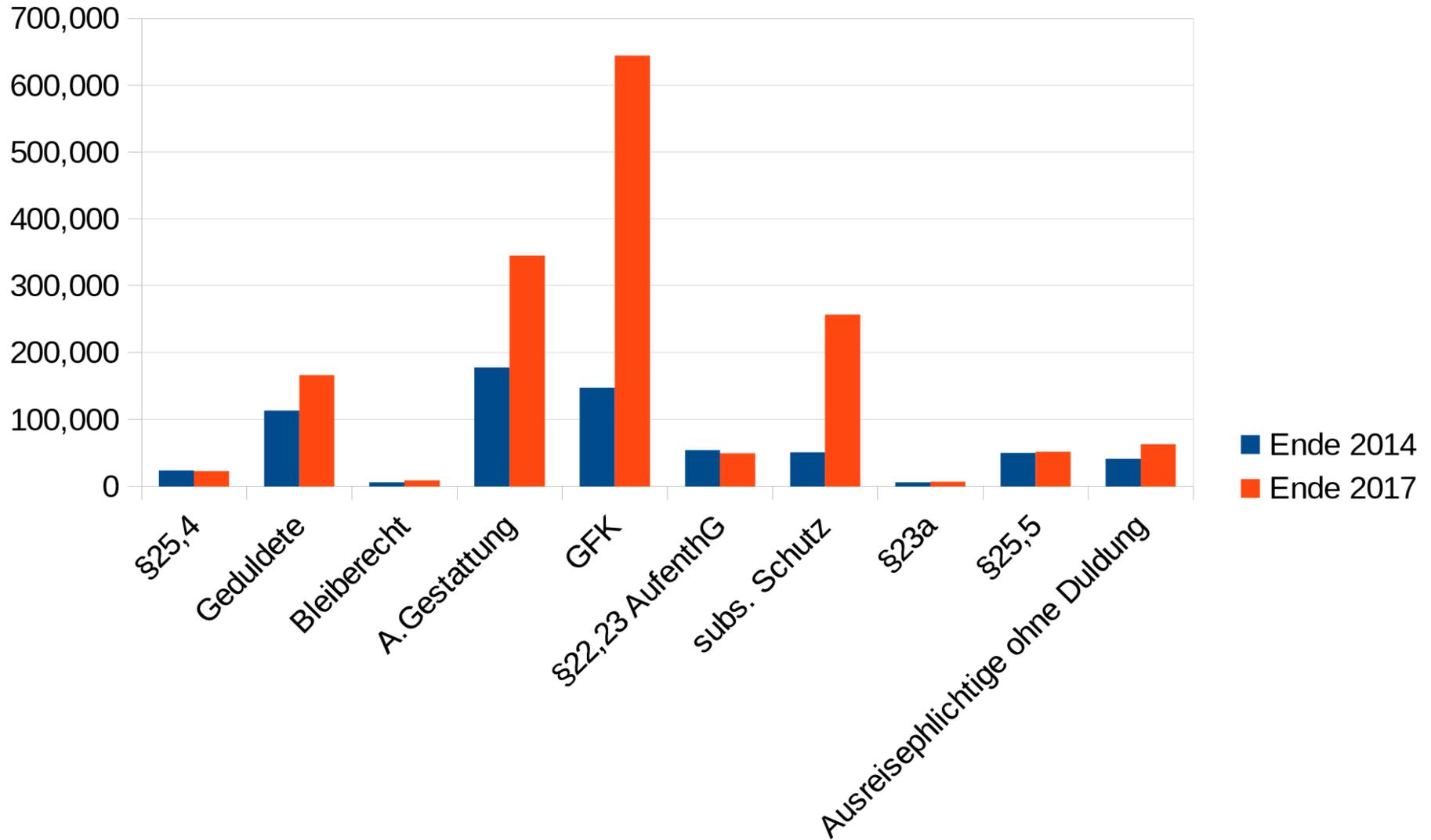


Beratung in Abschiebungshaft



Politischer Überblick

In Deutschland lebende Flüchtlinge



Landespolitik – Kurzer Rückblick rot-grün 2013-2017

Erfolge in Niedersachsen I

- Abschaffung des Gutscheinsystems und anderer Schikanen
- Abschaffung von „Ausreisezentren“
- Erlass zur Vermeidung von Abschiebungen und Abschiebungshaft
- Reform der Härtefallkommission
- Keine Abschiebungen nach Afghanistan
- Erlass betr. §25 Abs. 5 AufenthG iVm Art. 8 EMRK
- Angebote für eine frühzeitige Arbeitsmarktberatung
- Unbürokratische Umsetzung der „3+2-Regelung“ (Ausbildungsduldung)
- Sprachförderung für alle
- SPRINT-Klassen an berufsbildenden Schulen

Erfolge in Niedersachsen II

- Modellprojekt anonymer Krankenschein
- Ausbau der Beratungsangebote auf allen Ebenen (einschl. Illegalisierte, Asylverfahrensberatung)
- Schutzkonzept für (vulnerable) Flüchtlinge in den Landeseinrichtungen
- Förderung NTFN, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Selbstorganisationen
- Aufwertung der „Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe“ beim nds. Landtag
- Vielfältige Formen der Förderung von Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement
- Kommunale Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe

→ Perspektive stimmt: auf ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben in den eigenen vier Wänden

Kritik an niedersächsischer Flüchtlingspolitik Niedersachsen beginnend schon unter rot-grün

- Zustimmung zu Änderungen beim AsylbLG im Bundesrat
- Einstellung des Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge Mitte 2015
- Ruppigere Abschiebungen, veränderte Vorgaben
- Gesundheitskarte als Flop (bisher nur Umsetzung in Delmenhorst)
- Kein formaler Abschiebungsstopp für Afghan_innen (aber auch keine Abschiebungen)
- Fatale Positionierung des Innenministers betr. „Schutz in Libyen“
- Zuzugssperre Salzgitter, dann Delmenhorst und Wilhelmshaven für anerkannte Flüchtlinge als symbolpolitische Maßnahme im Wahlkampf

- → Was bleibt von „Willkommenskultur“ und „Paradigmenwechsel“ übrig?

Landespolitik – neue rot-schwarze Landesregierung ab Ende 2017

Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) I

Programmsatz:

„Die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen mit dauerhafter Bleibeperspektive werden wir fördern und fordern.“

- „Unser Ziel ist es, alle Asylsuchenden durch das BAMF in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu registrieren. Auch die Stellung des Asylantrags soll dort erfolgen. Personen mit einer absehbaren rechtlichen oder faktischen Bleibeperspektive sowie Familien sollen anschließend auf die Kommunen verteilt werden. Kurzfristig realisierbare Rückführungen sollen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgen. Das gilt für diejenigen Asylbewerber, die nach der Dublin-Verordnung in einen anderen Mitgliedsstaat zu überstellen sind.

Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) II

- SPRINT-Projekt soll evaluiert und weitergeführt werden; Sprachförderung und Integration an berufsbildenden Schulen soll gestärkt werden
- „Wir setzen uns für die Fortsetzung der mit ESF-Mittel (sic) geförderten Unterstützung geflüchteter Frauen durch Modellprogramme bei der Arbeitssuche ein.“
- Frühe Erfassung der Kompetenzen der ankommenden Menschen; Entwicklung individueller Förderketten; Ausbau des Netzwerkes „Integration durch Qualifikation“; Beschleunigung und Vereinfachung der Anerkennung von landesrechtlich geregelten Berufen



Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) III

- „Die Erwerbsbeteiligung von Zuwanderungswilligen und Flüchtlingen ist für den Fachkräftebedarf von zentraler Bedeutung und ein wichtiger Baustein für gelingende Integration. Für Flüchtlinge wollen wir das landesweite „Integrationsprojekt Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“ der niedersächsischen Handwerkskammern bei Bedarf auch über 2019 hinaus fortsetzen. Für sie wollen wir darüber hinaus Förderschwerpunkte in der Arbeitsmarktintegration schaffen.“

Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) IV

- Weiterhin Förderung von Migrant_innenselbstorganisationen + deren Einbindung bei strategischen Integrationsmaßnahmen
- stärkere Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Integrationslots_innen
- Stärkung der kommunalen Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe
- Bereitstellung von Mitteln über ein Programm der Gemeinwesenarbeit in Wohngebieten mit besonders hohem Migrationsanteil

Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) V

- „Niedersachsen wird Instrument der Wohnsitzauflage anlassbezogen und bedarfsgerecht anwenden.“

→ in der Praxis: vorerst keine Ausdehnung über Delmenhorst, Salzgitter und Wilhelmshaven hinaus; aktuell: Evaluation des mit dem Instrument verknüpften Integrationsfonds (je 10 Mio. EUR des Landes für 2017 und 2018 für die drei Städte)

Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) VI

- „Einer Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten werden wir im Bundesrat zustimmen, sofern die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind.“

aktuell: Minister Pistorius hat angekündigt, dass von der Landesregierung wenig Gegenwind gegen diese aktuell vom BMI vorbereitete gesetzgeberische Maßnahme zu erwarten ist; wenn die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, wird Niedersachsen dem Vorhaben im Bundesrat zustimmen

Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) VII

- Ausbau der Beratung zur freiwilligen Ausreise und intensive Unterstützung der Kommunen bei dieser Praxis; wo die freiwillige Ausreise nicht greift, sollen Abschiebungen organisiert werden; dabei sollen Instrumente wie Leistungskürzungen und Abschiebungshaft Anwendung finden, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind
- Befugnisse der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) bei Rückführungen sollen ausgeweitet werden; sie soll auch länderübergreifend unmittelbaren Zwang im Zusammenhang mit Rückführungen ausüben dürfen; mit den anderen betroffenen Bundesländern sollen entsprechende Staatsverträge geschlossen werden

Koalitionsvereinbarung rot-schwarz (11/2017) VIII

- „Weiterhin priorisieren wir die Abschiebung von Gefährdern sowie solchen Ausländerinnen und Ausländern, die ihnen angebotene und zumutbare Integrationsleistungen aus von ihnen zu vertretenen Gründen nicht angenommen haben und solchen, die nennenswerte Straftaten begangen haben.“
- „Wir treten ein für die konsequente Einhaltung des Dublin-Verfahrens. Wir fordern angemessene und gleiche Standards bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Bei der Flüchtlingsaufnahme fordern wir die Solidarität aller Mitgliedstaaten ein.“

Blick auf die Bundespolitik

Aktuelle Prioritäten BMI

Erste laufende Projekte unter dem neuen Minister Seehofer:

- **Gesetzentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten: soll am 09. Mai 2018 im Bundeskabinett beschlossen werden und dann ins parlamentarische Verfahren gehen**
- **Planung AnKER-Zentren: erste Pilotstandorte geplant ab August/September 2018, vorerst ohne Gesetzesänderung**
- **Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer um Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien: Gesetzgebungsverfahren derzeit in Vorbereitung**

Und Europa?

Europa

- weiterhin prekäre Aufnahmebedingungen in den Außenstaaten: Griechenland, Bulgarien, Italien, Ungarn
- Vertragsverletzungsverfahren im Bereich Asyl zB gg. Ungarn; derweilen dort Kriminalisierung von Menschenrechtsarbeit und Flüchtlingsunterstützung: Stop-Soros-Gesetz nächste Woche im ungarischen Parlament
- Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems: weitere Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in Drittstaaten droht; Reform Dublin-Verfahren droht zu weiteren Verschärfungen zu führen
- Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten zur „Fluchtursachenbekämpfung“/ Migrationsmanagement, sh. zB umfassende Recherche der taz: <https://migration-control.taz.de/#de>



**Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!**

nds@nds-fluerat.org

www.nds-fluerat.org